



Konsensorientierte Bürgerbeteiligung kann gelingen

Dr. Bernd Redecker

Lüneburger Aktionsbündnis gegen Atom

Sprecher der Begleitgruppe zur Stilllegung der Atomforschungsanlagen
des Helmholtz-Zentrum-Geesthacht (ehem. GKSS)



- 1. Vorstellung des Rückbauvorhabens und der Dialoggruppe**
- 2. Einstieg in der Dialog**
- 3. Gelingensbedingungen**
- 4. Umgang mit Dissens und Konflikten**
- 5. Probleme und Grenzen der Übertragbarkeit**

Rückbau der Atomforschungsanlagen des HZG



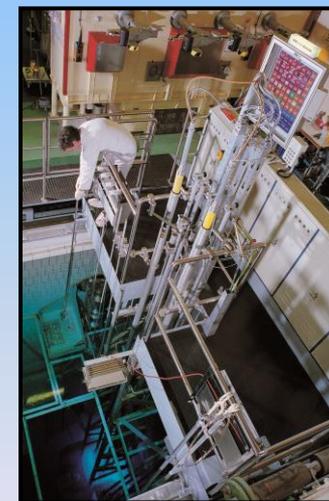
Heißes Labor



Versuchshalle



Reaktordruckbehälter der Otto Hahn



Forschungsreaktor



Geschichte der GKSS in Geesthacht

- 1956 > GKSS: Gesellschaft zur Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt
- 1968 – 1979 > Nuklearfrachter NS Otto Hahn
- 1974 > Reaktorsicherheit
- 1979 > Materialforschung („Röntgen“) mit Neutronen
- 2010 > Endgültige Abschaltung des Forschungsreaktors
- 2010 > Helmholtz-Zentrum Geesthacht, Zentrum für Material- und Küstenforschung
- Durchgängige Vorwürfe und Gerüchte um militärische Forschung am Standort
- Weltweit höchstes Leukämie-Cluster
- Langjährige Diskussion um einen „Störfallszenario“ im Herbst 1986
- **2012 > Start des HZG-Dialog**



01.10.2012 Start Up Veranstaltung

- breite Einladung über alle verfügbaren Kanäle
- Diskussion über Inhalte, Bedenken und Voraussetzung für einen konsensorientierten Dialog
- Gründung einer Vorbegleitgruppe, um erst einmal zu klären, ob es Sinn macht, den Dialog zu starten.





These : Die Geschichte der Atomkraft ist aus Sicht eine Anti-Atom-Initiative geprägt von Lügen, Vertuschungen und Intransparenz.

Das resultierende Misstrauen macht es VertreterInnen der Bewegung sehr schwer, sich auf einen Dialog-Prozess einzulassen.

In Geesthacht wurde diese Schwelle überwunden.



Brücken für den Einstieg

- Keine Vorauswahl der TeilnehmerInnen
- Vorbegleitgruppe
- Keine Tabus bei den Thema; keine Einschränkung durch den Betreiber
- Wahl der Moderatorin und Formulierung ihrer Aufgaben (Mitbestimmung statt reine Information)
- Verschiebung des Stilllegungsantrags
- externen Begutachtung des Stilllegungsantrages durch den von der BG vorgeschlagenen Gutachter

Mitglieder der Begleitgruppe

Michael Berendt	(Umweltbeirat der Stadt Geesthacht)
Katrin Uden-Brunn	(Umweltbeirat der Stadt Geesthacht)
Bettina Boll	(BUND , Geesthachter Ratsmitglied, Bündnis 90 - Die Grünen)
Jörg Kunert	(FDP Geesthacht , Vereinsvorsitzender VFL Geesthacht)
Marion Lewandowski	(AKW Nee, Bergedorf)
Dr. Bernd Redecker	(Lüneburger Aktionsbündnis gegen Atom)
Karl-Hermann Rosell	(Geesthachter Ratsmitglied, CDU)
Werner Flindt	(SPD Geesthacht)
Dirk Seifert	(Umweltfairaendern)
Horst Teichmann	(Bürgerinitiative Geesthacht)



HZG-TeilnehmerInnen am Dialog

Dr. Peter Schreiner	(Leiter der Forschungsreaktoranlage)
Aksel Drawe	(Leiter des Strahlenschutzes)
Dr. Iris Ulrich	(Leiterin Programmplanung und Controlling)
Dr. Torsten Fischer	(Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)

Selbstverständnis der Begleitgruppe

Selbstverständnis Begleitgruppe „Stilllegung Atomanlagen des HZG (ehem. GKSS)“

Das HZG als Betreiber der Atomforschungsreaktoren der ehemaligen GKSS hat angeboten, die Stilllegung in einem transparenten Dialogprozess mit der Öffentlichkeit zu betreiben und dabei „einvernehmliche Lösungen“ (Zitat aus Selbstverständnis HZG) zu erreichen. Im Rahmen einer sechs Monate andauernden Diskussion haben wir als Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen eine Begleitgruppe gebildet, die diesen Dialog mit dem HZG führen wird.

Ein Dialog, wie ihn die HZG vorgeschlagen hat, findet vor dem Hintergrund statt, dass die Nutzung der Atomenergie und die mit ihr verbundenen Risiken wie kaum ein anderes Thema in der Bundesrepublik zu einer tiefen gesellschaftlichen Spaltung geführt hat. Im Rahmen eines Dialogs mit der HZG mit dem Ziel „gemeinsame Lösungen“ zu finden, bietet sich eine Chance, einen Beitrag zur Überwindung dieser Spaltung zu leisten.

Dialog im Konflikt Atomenergie?

Der Atomusstieg ist nach der Katastrophe von Fukushima in Deutschland beschlossen. Die Entsorgung des Atomabfalls ist immer noch ungeklärt. Das gilt auch für die hochradioaktiven Brennelemente aus den Atomforschungsreaktoren der ehemaligen GKSS, die inzwischen in den USA gelagert werden. Einen gesellschaftlichen Konsens für den Umgang mit den radioaktiven Abfällen gibt es immer noch nicht. Für viele Menschen steht die Atomenergie auch dafür, dass Sicherheit, Gesundheit und Umweltschutz zugunsten wirtschaftlicher und politischer Interessen hinten angestellt wurden. In diesem Sinn ist der Konflikt um die Atomenergie auch immer eine Frage von Demokratie und Macht. Am Standort Geesthacht kommen besondere Probleme, wie die bis heute nicht geklärte Ursache von zahlreichen Leukämieerkrankungen bei Kindern und Jugendlichen, hinzu. Die Begleitgruppe macht es sich zur Aufgabe, in diesem Rahmen auch die mögliche Verursachung der Leukämieerkrankungen im Zusammenhang mit der GKSS nachvollziehbar zu untersuchen.

Dialog braucht Mitbestimmung!

Vor diesem Hintergrund ist die „Selbstverpflichtung“ des HZG, nicht nur Transparenz, Information und Beteiligung anzustreben, sondern „einvernehmliche Lösungen“. Die Begleitgruppe sieht darin Mitbestimmung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten. Dies ist für sie „Grundlage, um als Begleitgruppe auf der Basis des beschlossenen Atomusstiegs in einen Dialog zu treten. Auf dieser Basis verfolgt die Begleitgruppe im Bewusstsein unterschiedlicher Haltungen zur Atomenergie und der mit ihr zusammenhängenden Probleme gemeinsam das Ziel, die Stilllegung der Atomanlagen der ehemaligen GKSS so sicher wie möglich zu gestalten und in diesem Sinn gemeinsame Wege für den Umgang mit den radioaktiven Hinterlassenschaften zu finden.

Dabei ist sich die Begleitgruppe bewusst: Der Dialogprozess ist ein freiwilliges Angebot des HZG. Für den es keine rechtlichen Rahmenbedingungen gibt. Ebenso wenig besteht ein Rechtsrahmen, der die Begleitgruppe legitimiert, weder gegenüber der Öffentlichkeit noch gegenüber dem HZG. Die Begleitgruppe hat ohne rechtlichen Rahmenbedingungen und ohne finanzielle Ressourcen keine gleichberechtigten Verfahren mit der Mitbestimmungsrechte im Verfahren basieren ausschließlich auf der „Selbstverpflichtung“ der HZG.

Begleitgruppe und Öffentlichkeit

Die Begleitgruppe arbeitet weitgehend ehrenamtlich und ist hinsichtlich ihrer Zusammensetzung und politischen, sozialen und sonstiger Hintergründe heterogen. Sie strebt an, Vorgehensweise, Äußerungen und Entscheidungen im Konsens abzustimmen. Die Begleitgruppe versteht sich als Diskussionspartner gegenüber dem HZG und als Vertreterin der Öffentlichkeit. Sie wirkt im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hin, dass es weitgehende Transparenz, Information, Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit gibt. Die Maßnahmen zur Stilllegung der Forschungsreaktoren in Geesthacht werden auf einer konkreten, anlagenbezogenen Prüfung, Diskussion und Entscheidung erfolgen. Sie sind daher nicht pauschal auf andere Anlagen übertragbar. Dies gilt sowohl für die grundsätzliche Frage, ob ein Rückbau oder Einschluss sinnvoller ist, als auch für einzelne Entscheidungen bei der jeweiligen Umsetzung der Stilllegung.

Lokales Handeln braucht gesellschaftlichen Konsens

Die Begleitgruppe ist sich bewusst, dass sie in dem Dialog mit dem HZG über die Stilllegung der Atomanlagen und den Umgang des dabei anfallenden Atomabfalls eine hohe gesellschaftliche Verantwortung übernimmt. Nicht nur mit Blick auf die Region und um Geesthacht, sondern auch für den verantwortungsvollen Umgang mit den Folgen der Atomenergie insgesamt. Insofern begreift sich die Begleitgruppe auch als Teil der gesellschaftlichen Debatte über einen verantwortungsvollen und einvernehmlichen Umgang mit den Folgen der Atomenergie. Denn die Frage, wo und wie der beim Rückbau der Atomanlagen der ehemaligen GKSS anfallenden radioaktiven Abfälle dauerhaft sicher gelagert werden kann, kann nicht allein in Geesthacht beantwortet werden. Dazu braucht es einen gesellschaftlichen Konsens! Auf Basis des Atomusstiegs sind auch die politisch Verantwortlichen auf Länder- und Bundesebene aufgefordert, eine umfassende und auf Konsenszielende Debatte zu ermöglichen und zu unterstützen. Die Atomforschungsreaktoren der ehemaligen GKSS sind eine staatliche Einrichtung des Bundes und der Länder Hamburg, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Niedersachsen. Die atomrechtliche Aufsicht liegt beim Land Schleswig-Holstein. Insbesondere erwarten wir von den Verantwortlichen in Bund und Ländern Unterstützung durch die Bereitstellung von Ressourcen, um das gesellschaftliche Engagement in einem solchen Dialogprozess sicher zu stellen und zu unterstützen.

- Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen im Bewusstsein unterschiedlicher Haltungen zur Atomenergie und der mit ihr zusammenhängenden Probleme.
- Gemeinsames Ziel: die Stilllegung der Atomanlagen der ehemaligen GKSS so sicher wie möglich zu gestalten und in diesem Sinn gemeinsame Wege für den Umgang mit den radioaktiven Hinterlassenschaften zu finden.
- Konkrete, anlagenbezogene Prüfung aber auch als Teil der gesellschaftlichen Debatte über einen verantwortungsvollen und einvernehmlichen Umgang mit den Folgen der Atomenergie.
- **Dialog braucht Mitbestimmung!** Das Angebot von „einvernehmliche Lösungen“ sehen wir als weitgehende Mitbestimmung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten.
- Wir verstehen uns als Diskussionspartner gegenüber dem HZG und als Vertreterin der Öffentlichkeit. Ziel ist weitgehende Transparenz, Information, Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit.

Arbeitsweise

Regelmäßige Treffen als Dialoggruppe mit HZG und intern als Begleitgruppe

Organisation von öffentlichen Veranstaltungen

Anhörungen externer Wissenschaftler

Wiederholte Anlagenbesichtigung

Besichtigung des Schacht Konrad

Gemeinsamer Newsletter



Gelingsbedingungen für den Dialog

- Gemeinsames Ziel ist von Anfang an klar und transparent
- Moderation ist allparteilich, Zustimmung beider Seiten zur Person
- moderierte Treffen der Begleitgruppe
- heterogene Zusammensetzung von Dialoggruppen
- klare schriftlich fixierte Vereinbarungen über die Zusammenarbeit
- Vereinbarung über Entscheidungsfindung im Konsens
- ausreichend Zeit für Diskurse und ggf. geplante Zeitabläufe gemeinsam verändern
- geschützter Rahmen durch den Ausschluss der Medien
- gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit

Gelingsbedingungen für den Dialog

- einvernehmliches Hinzuziehen von ExpertInnen
- Transparenz: Vorträge, Gutachten etc. zum Download zur Verfügung stellen
- Bewusstsein aller Beteiligten über den Handlungsspielraum mit seinen Beschränkungen durch Gesetzgebung oder andere Rahmenbedingungen



Umgang mit Dissens und Konflikten: Beispiel „RDB der Otto Hahn“

- Seit 1981 lagert der RDB der Otto Hahn auf dem HZG-Gelände, die Genehmigung sieht eine Zwischenlagerung für wissenschaftliche Nachuntersuchung vor. Ursprünglich war von einem Zeitraum 5 bis 6 Jahren geplant. Über Wischproben im Rahmen des Strahlenschutzes hinaus hat es aber keine Forschung gegeben.
- Aus Sicht der Begleitgruppe ist die Genehmigungslage damit zumindest zweifelhaft.
- HZG sieht die ursprünglich Genehmigung weiterhin als gültig an.

Lösung des Problems im Dialog

- HZG legt im Dialog alle Unterlagen zur Forschung am RDB vor (Transparenz)
- Gemeinsamer Newsletter (Betreiber äußert Verständnis für die Haltung der BG)
- BG wendet sich an die Genehmigungsbehörde
- HZG vergibt Gutachten zum weiteren Umgang an externen Wissenschaftler

Konsequenzen

- Bund + Land stellen vorzeitig Gelder für den RDB-Rückbau zur Verfügung, so dass dieser entgegen der ursprünglichen Planung gemeinsam mit FRG und HL geschehen kann.
- BG und HZG einigen sich im Konsens auf eine Stilllegungsstrategie





Umgang mit Dissens und Konflikten: Beispiel „Antragsunterlagen“

- In allen Genehmigungsverfahren zum Rückbau von Atomanlagen gab es Kritik an der Qualität der Antragsunterlagen.
- Dilemma früher vs. später EÖ-Termin.
- Problem beim frühen EÖ-Termin: nicht alle Unterlagen liegen in der Endfassung vor.

Lösung des Problems im Dialog

- Der Umfang der Unterlagen wird schon im Vorfeld im Dialog intensiv diskutiert.
- HZG sagt zu, Statusberichte außerhalb der offiziell eingereichten Dokumente zu veröffentlichen.

Das untersagt aber die Aufsichtsbehörde

Lösung des Problems im Dialog

- Externes Gutachten zur Vollständigkeit der Unterlagen: Gutachter bestätigt deren, im Vergleich zu anderen Verfahren, hohe Detailtiefe, moniert aber das Fehlen der detaillierten Störfallanalyse und der Freigabeordnung.
- Krisensitzung mit Aufsichtsbehörde und Betreiber, in der der Betreiber die Position der Begleitgruppe stärkt.

Konsequenz

- Unterlagen dürfen nun doch, allerdings nur als nicht rechtsverbindliche Dokumente, auf der HZG-Seite Online gehen
- Im Rahmen des EÖ-Termins wird lediglich diese Einschränkung bezogen auf die Störfallanalyse kritisiert, nicht die generelle Qualität der Unterlagen

Probleme und Grenzen der Übertragbarkeit

Es gibt keinen rechtlichen Rahmen und keine finanziellen Unabhängigkeit der Begleitgruppe.

- Der Dialog basiert auf „Goodwill“ der HZG und kann von dieser Seite sofort abgebrochen werden.
- Es gibt im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren keinen Anspruch auf eine Beteiligung und keine Klärung in der Rolle z.B. gegenüber der Aufsichtsbehörde.
- Auch in der finanziell Ausstattung besteht nicht einmal im Ansatz „Augenhöhe“. Z.B. gibt es keinen freien Etat für die Bestellung von Gutachtern.

Dialog müsste eigentlich zumindest Trialog sein

- Bei vielen strittigen Themen sitzen die eigentlichen Konfliktparteien nicht (immer) am Tisch (Genehmigungsbehörde, Gesetzgeber)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

www.lagatom.de/?page_id=3297

www.hzg.de/public_relations_media/hzg_im_dialog/index.php.de

www.umweltfairaendern.de/?s=hzg+gkss